

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft.



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen, Verträge und Geschäftsbedingungen entgegen. Am Freitag oder Sonntag keine Ausgabe. — Abnahme bis zum 1. Oktober 1932. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wilsdruffer Tageblatt Nr. 244 — 91. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Volkshd.: Dresden 2640. Montag, den 17. Oktober 1932.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 244 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Montag, den 17. Oktober 1932

Die „gefährliche“ Schupo.

In der vergangenen Woche hat sich hinsichtlich der geplanten Viermächtekonferenz die Lage völlig verschoben. Sah es vor acht Tagen noch so aus, als läme nach heftigem französischem Widerstand diese Konferenz in London zustande, so hat der Besuch Herriots beim englischen Ministerpräsidenten genügt, um diesen nicht bloß äußerlich, sondern auch grundsätzlich zum Nachgeben gegenüber den fortgesetzten französischen Mitreden zu veranlassen. Denn es ist ja nicht nur äußerlich, daß Frankreich die Verlegung des Konferenzortes von London nach Genf erreicht, ohne dabei mehr zu konzedieren als die Ausschaltung der kleinen Mächte von der Konferenz. Selbst wenn Herriot mit seinen Worten, daß die Konferenz in Genf „im Rahmen des Völkerbundes“ stattfinden sollte, ebenso über das in London mit Macdonald vereinbarte hinausgeschossen hat, wie mit der anderen Behauptung, die Konferenz werde „auch ohne Deutschland“ abgehalten werden, — so ist es doch von grundsätzlicher Wichtigkeit, daß sowohl London wie von der französischen Forderung auf Einberufung der Konferenz nach Genf nachgab, obwohl die englische und die italienische Regierung — genau so wie natürlich auch die französische — es wissen mußten, daß die deutsche Regierung das damit geplante plumpe Manöver nicht mitmachen würde, sich in Genf durch einen mehr oder minder starken „moralischen“ Druck allmählich wieder in die Abrüstungskonferenz hineinbugleren zu lassen.

Die amtliche französische Nachrichtenagentur hatte es aber sehr eilig damit, wieder einmal von dem „bösen Willen“ Deutschlands zu sprechen, weil der Außenminister von Neurath erklärt hatte, nicht nach Genf gehen zu wollen. Wir können es uns aber auch nicht verhehlen, daß man in England zu dieser Begeisterung Deutschlands nicht gerade übermäßig ekstatisches Gesicht macht. Um so strahlender schaute Herr Herriot aus, als er London so freudig begrüßte, und noch mehr mag wohl sein Gesicht gestrahlt haben, als er in Paris eintraf. Die Zensur jedenfalls, die er von der Presse Frankreichs erhält, ist für ihn sehr angenehm; getadelt wird er höchstens deshalb, weil er sich überhaupt auf Sonderverhandlungen wegen der deutschen Gleichberechtigungsfrage hat einlassen wollen. Daß es wirklich noch dazu kommt, wird aber auch Herriot nicht für sehr wahrscheinlich halten.

Er tut ja alles oder läßt alles tun, um die Lage noch gespannter zu machen; denn es kann nicht ohne seine Billigung geschehen sein, daß einer der französischen Hauptdelegierten für die Genfer Abrüstungskonferenz dort — nicht zum erstenmal — Näheres über die angeblichen deutschen Geheimrüstungen mitgeteilt hat und dabei ausgerechnet auf die Schupo versiel. Es ist das alte, aber nicht richtiger gewordene Märchen von der militärischen Organisation der Schuppel, das Herr Massigli mittels des französischen Entwürfsfeuerchens wieder einmal erwärmte. Schupo — Reichswehr, hier wie dort seien die militärische Ausbildung und die Kasernierungsstätten die gleichen, und vor allem wisse man nicht, ob sich Deutschland denn überhaupt an die zulässige Beschränkung auf 140 000 Mann Schupo halte! Dieser „Zweifel“ ist natürlich nur ausgesprochen worden, um eine beweislos aufgestellte Behauptung den Zuhörern zur Gewissheit zu machen. Daß hingegen von der Schupo ein Drittel Bürodienst, ein Drittel Revierdienst macht, nur das letzte Drittel in Gruppen von 60 bis 100 Mann laserniert ist, kann jeder Ausländer feststellen, der nach Deutschland kommt, und es ist zwar eine Behauptung, aber keine beweislose, daß die Militärattachés und sonstige Beauftragte der Auslandsämter sehr genau darauf achten bzw. darauf achten lassen, Deutschland auch in dieser Beziehung fest in den Bestimmungen von Versailles zu halten. Die Polizeiorganisation ist ganz uneinheitlich, da bekanntlich teils die Innenminister der einzelnen Länder, teils sogar nur die Kommunalverwaltungen die Schuppelorganisation dirigieren. Nichts von dem, was heutzutage zu den einfachsten politischen Ausbildungsnotwendigkeiten militärischer Art gehört, wird von der Schupo betrieben — wenn man nicht etwa dazu die Schießausbildung rechnen will! Die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre ist ganz gering, auf je 20 Mann der Schupo z. B. entfällt eine Maschinengewehr, und auf je drei Beamte ein Karabiner!

Doch was hat es für einen Zweck, den französischen Behauptungen mit dem schnell und leicht zu beweisenden Gegenteil entgegenzutreten! In der Genfer Atmosphäre hat eben nicht die Wahrheit und der Verständigungswille heute irgendeinen Platz, sondern dort herrscht nur noch die Lüge, und darum ist es geradezu eine Zumutung für Deutschland, zu verlangen, uns im Kampfe um die Gleichberechtigung in diese Atmosphäre hineinzutreten zu lassen.

Die Senatswahlen in Frankreich.

In Frankreich fanden die Neuwahlen für ein Drittel des Senats statt. Im ersten Wahlgang wurden bereits 53 Kandidaten gewählt. Unter ihnen befinden sich Poincaré, Paul-Boncour, General Fricke und der bisherige elassische Abgeordnete François de Wendel.

„Dienst am Volke und am Staate!“

Stürmischer Beifall während der Kanzlerrede in Paderborn.

In der überfüllten mehr als 6000 Personen fassenden Säulenhalle zu Paderborn sprach auf einer Tagung der Vereinigten Wirtschaftsverbände Paderborns und Umgebung Reichskanzler von Papen.

Der Reichskanzler ging zunächst auf den Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Ziele der Wirtschaftspolitik ein. Arbeit und Brot zu schaffen und dem Wiederanstieg der Wirtschaft die Bahn frei zu machen, ist das vornehmste Ziel. Der Wirtschaftskampf ist ein wichtiger Teil unseres nationalen Freiheitskampfes. Der führende Gedanke im Wirtschaftsplan der Regierung war es, aus dem Stellungskrieg zur Bewegung überzugehen und

die moralischen Energien der Nation

wieder frei zu machen zum entschlossenen Handeln. Die Staatsführung ist vorangegangen und drängt un-aufhaltsam weiter. Die Wirtschaftsführung hat diesen Vorstoß mutig aufgenommen und wird ihn hoffentlich immer weitertreiben. Wir haben uns in besonderes „System“ ausgeklügelt, sondern wir glauben, daß der Appell an die persönliche Verantwortung und den persönlichen Haugemut auch der Allgemeinheit den größten und nachhaltigsten Nutzen bringt. In diesem Sinne ist das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung auch von der Wirtschaft verstanden worden. Aber dieses Programm ist keineswegs nur für die Großen bestimmt, es soll und wird allen Wirtschaftskreisen zugute kommen.

Was wir wollen, ist ausgeprochenes Mittelstandsprogramm, ist ein wirtschaftlicher Wiederaufbau auf breiterer Grundlage. Nur so sind auch die Opfer zu rechtfertigen, die wir in Durchführung unseres Programms vom Lande fordern müssen.

Der Reichskanzler ging dann auf die Arbeitsbeschaffungsfrage ein und betonte die Bereitschaft der Regierung, Arbeitsbeschaffungspläne, die aus dem starken Drang, zu helfen, entstanden sind, zu erörtern. Eine Vorbedingung müssen aber alle vorgeschlagenen Maßnahmen erfüllen: die Arbeiten müssen produktiv sein und dürfen Währung und Kredit nicht aufs Spiel setzen. Eine noch so große Ausweitung der öffentlichen Aufträge hätte für sich allein niemals ein solches Maß von Arbeit und zusätzlicher Gütererzeugung schaffen können, wie es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. Keine von oben her geleitete Wirtschaft, keine Sozialisierung, keine Planwirtschaft würde das Problem lösen können. Deutschland durch den nächsten Winter zu führen. Die Reichsregierung wird sich bemühen, ihren Wirtschaftsplan noch durch weitere Maßnahmen zu vervollständigen. Der Kanzler wies dabei auf die Auftragserteilung durch die öffentliche Hand, Reich, Länder und Gemeinden sowie Reichsbahn und Reichspost hin und kennzeichnete dann die bereits in seiner Münchener Rede erwähnte Geschäftsbelebung und Entlastung des Arbeitsmarktes.

Seit der Ankündigung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist der Kurs der Wertpapiere, die an den Börsen gehandelt werden, um rund 2 1/2 Milliarden Mark gestiegen. Dabei handelt es sich nicht um spekulative, sondern um reine Anlageläufe, womit die Kreditunterlage der deutschen Wirtschaft beträchtlich ausgeweitet worden ist. Infolge der Besserung der Wirtschaft und Arbeitsmarktlage hat sich der Reichsfinanzminister schon jetzt entschlossen, die monatliche Ausschüttung der Wohlfahrtskassen an die Gemeinden im Oktober von 50 auf 60 Millionen Mark, im November um weitere 5 Millionen Mark zu erhöhen.

Übergehend zur sogenannten Lohnsenkungsverordnung vom 5. September, betonte der Kanzler, daß die Schwierigkeiten, die zunächst entstanden, durch Zusammenwirken von Unternehmer und Arbeiterschaft bereits zum größten Teil gelöst seien, so daß eine Gefährdung des Wirtschaftsfriedens nicht mehr zu befürchten sei. Der Kanzler wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Unternehmern, Arbeitern und Angestellten hin, da nur eine friedliche Durchführung des Wirtschaftsplanes die Möglichkeit gebe,

die Arbeitslosenunterstützung für den Winter

sowie gewisse Sozialleistungen zu erhöhen. Die stark kritisierte Ermächtigungsverordnung bezüglich der Sozialpolitik soll die sozialen Einrichtungen leistungsfähig erhalten und ihre Verwaltung zum Nutzen der Versicherten vereinfachen. Der Kanzler ging in diesem Zusammenhang auf einen offenen Brief der Verbandspräsidenten der katholischen Arbeitervereine ein und betonte unter starkem Beifall der Versammlung, daß er gern an sein katholisches Gewissen appellieren lasse. Er müsse es aber als im höchsten Grade bedenklich bezeichnen, wenn von verantwortlichen geistlichen Leitern der katholischen Arbeiterschaft der Eindruck erweckt werde, als

sei die Regierung daran, die Wohlfahrt aus dem Staat überhaupt zu vertreiben. Aus diesem offener Brief spricht ein so krasses Mißverständnis der Absichten und Auswirkungen,

die der Wirtschaftsplan der Reichsregierung in sozialer Hinsicht haben soll und haben wird, daß ich diese Ver-fälschung der Bestrebungen der Reichsregierung nicht scharf genug zurückweisen kann.

Der Kanzler behandelte dann handelspoli-tische Fragen. Der Kritik an der Regelung der Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Produkte stellte er die Schilderung der schweren Notlage der Landwirtschaft gegenüber, die zu der Notwendigkeit führe, die Einfuhr gewisser Lebensmittel einer Regelung zu unterwerfen. Gerade

die Einfuhrkontingentierung

trifft den Verbraucher am wenigsten und schützt die nationale Produktion. Im Hinblick auf den Widerstand des Auslandes gegen die Kontingentierungspläne sprach der Kanzler die Erwartung aus, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Ausdrücklich trat der Reichskanzler den Gerüchten entgegen, daß die Kontingentierungspläne möglicherweise die Währung gefährden könne. Eine solche Gefahr liegt nicht vor, sie ist auch von keiner Stelle behauptet worden, die für die Währung Verantwortung trägt. Dem Vorwurf einer zu spätigen Wirtschaftspolitik begreute der Kanzler mit dem Hinweis, daß eine Wirtschaftspolitik geführt werden muß, die alle Wirtschaftszweige im Rahmen des Möglichen vor der völligen Zerrüttung schützt.

Aufgabe einer jeden Reichsregierung muß es sein, die Grundproduktion des Landes als Basis für die seelische und materielle Wiedergeburt der Nation zu schaffen. Von diesen Gesichtspunkten hat sich die Reichsregierung auch bei ihren jüngsten Maßnahmen leiten lassen, die sie dem Reichspräsidenten vorschlagen wird: bei der Reorganisation der Preußen-lasse und bei der Entscheidung des Ostpreußenlandes.

Die Reichsregierung hat im Einverständnis mit der preussischen Staatsregierung trotz der Bereitstellung erheblicher Mittel geglaubt, auf das Leitungsrecht über das neue Ostpreußen, die „Deutsche Zentralgenossenschafts-lasse“, zu verzichten und an seine Stelle eine für preussische Willensbildung durch dessen Organe setzen zu können, da sie

verantwortliche Selbstverwaltung an die Stelle des Staatskapitalismus

zu setzen wünscht. Der Kanzler behandelte dann die Frage der Auslandsverschuldung. Wenn es auch gelungen ist, in kurzer Zeit über 5 Milliarden Reichsmark ausländischen Leihkapitals zurückzuzahlen, so ist ein abermaliger Abzug fremder Gelder doch gegenwärtig nicht möglich. Es muß daher erwartet werden, daß über das Bestehen des Stillhalteabkommens hinaus das Ausland die von ihm nach Deutschland geliehenen Gelder konsolidieren läßt. Der Reichskanzler wies dabei darauf hin, daß Deutschland auf der Weltwirtschaftskonferenz seinen Standpunkt dahin vertreten wird, daß der Schuldner seine Verbindlichkeiten

mur durch Zahlung in Waren

erfüllen kann. Die Gläubigerländer können also nur dann mit der Abzahlung der deutschen Auslandsschulden rechnen, wenn sie bereit sind, deutsche Waren als Zahlung dieser Schulden entgegenzunehmen. Das setzt voraus, daß sie unseren Waren ihre Grenzen öffnen.

Zum Schluß gab der Reichskanzler einen kurzen Ausblick auf die politische Lage. Eine starke Staatsgewalt ist dazu da, daß sie die Unsicherheitsfaktoren nach Möglichkeit beseitigt und dem Volk das Gefühl gibt: Wir gehen voran, wir fassen die Unsicherheiten an der Gurgel!

Aus diesem Grunde haben wir außenpolitisch den Kampf um Deutschlands Recht und Freiheit aufnehmen müssen. Das Ziel ist nicht Aufrüstung auf den Rüstungsstand unserer Nachbarn, sondern Aufrüstung in ganz Europa und in der Welt, gleiches Recht und gleiche Sicherheit. Unser Ziel ist ein Zustand, in dem es innerhalb Europas

keine Hegemonie und kein System politischer Bündnisse gibt, sondern wo die Völker in gegenseitiger Achtung ihren Menschheitszielen nachstreben können. Der Gedanke des sacrum imperium ist nicht geboren im Jahrhundert der Nationalitäten, er ist nicht, wie ein Teil der Auslandspresse es dargestellt hat, „imperialistisch“ im Sinne hegemonialer Herrschaftswünsche. Er ist vielmehr der Ausdruck der großen abendländischen Völkerverbundenheit, wie ihn gerade

die katholische Kirche